ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein nachhaltiges und integriertes Wassermanagement entwickeln und gesundes Trinkwasser sichern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Wasser ist eine unverzichtbare Ressource und Grundlage allen Lebens. Der Klimawandel führt auch in Mecklenburg-Vorpommern zu veränderten Niederschlagsmustern, häufigeren Extremwetterereignissen und steigenden Temperaturen, was die Verfügbarkeit und Qualität von Wasserressourcen beeinträchtigt¹. Diese Veränderungen erhöhen den Druck auf die Wasserversorgung für Haushalte, Landwirtschaft und Industrie.
2. Der Zustand vieler Gewässer in Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin besorgniserregend. Die Belastung durch Nährstoffe, insbesondere aus der Landwirtschaft, der Eintrag von Schadstoffen sowie die Folgen des Klimawandels gefährden die ökologische Funktionsfähigkeit der Flüsse, Seen und Küstengewässer. Überschreitungen des Grenzwertes laut Trinkwasserverordnung bei Nitrat (50 Milligramm pro Liter) im Grundwasser um das bis zu 15-fache und bei Uran (10 Mikrogramm pro Liter) um das bis zu 10-fache sind Ausdruck einer inakzeptablen Entwicklung der Nährstoffüberfrachtung und Schadstoffbelastung, die dringend gestoppt werden muss.

---

¹ Grundwasserschutz muss Priorität haben, Pressemitteilung Nummer 313/2022, 19. Oktober 2022, Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern

3. Die Landesregierung hat bereits mehrfach eine Novelle des Landeswassergesetzes angekündigt, jedoch bis heute dem Landtag keinen Entwurf vorgelegt. Eine grundlegende Modernisierung des Gesetzes ist jedoch dringend notwendig, um die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie sowie nationale Umweltziele konsequent umzusetzen. Zudem steht die Vorlage des zweiten Teiles der Trinkwasserversorgungskonzeption des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiterhin aus, obwohl sie für eine zukunftssichere Wasserversorgung von großer Bedeutung ist.
  4. Die Versäumnisse der Landesregierung gefährden nicht nur die Wasserqualität und damit die Gesundheit der Menschen, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage von Fischerei, Tourismus und Landwirtschaft, die auf gesunde und nachhaltige Wasserressourcen angewiesen sind².
  5. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, Wasserschutzgebiete besser zu sichern, eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung zu gewährleisten und effektive Maßnahmen gegen Gewässerverschmutzung und -übernutzung umzusetzen. Dies sollte seitens der Landesregierung in Form eines nachhaltigen und integrierten Wassermanagements geschehen. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz zur Bewirtschaftung von Wasserressourcen werden ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigt. Ziel ist es, Wasser effizient und gerecht zu nutzen, die Umwelt zu schützen und langfristige Wasserversorgungssicherheit zu gewährleisten.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. angesichts zunehmender Herausforderungen durch den Klimawandel, durch steigende Wasserbedarfe und die Belastung der Wasserressourcen die Einführung eines nachhaltigen und integrierten Wassermanagements in Mecklenburg-Vorpommern im Sinne der Nationalen Wasserstrategie zu forcieren.
  2. unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Landeswassergesetzes vorzulegen, der insbesondere folgende Aspekte umfasst:
    - a) strengere Maßnahmen gegen schädliche Nährstoffeinträge sowie die Einführung verbindlicher Maßnahmen zur Reduzierung des Eintrags von Nitrat und anderen Stoffen aus landwirtschaftlichen Quellen.
    - b) Schutz und Renaturierung von Gewässern. Dazu gehört die Förderung von Maßnahmen zur Wiederherstellung natürlicher Gewässerstrukturen, Schaffung von Pufferzonen entlang von Flüssen und Seen sowie Verbesserung der Durchgängigkeit für aquatische Lebewesen.
    - c) Klimaanpassung und Wasserrückhalt mit Maßnahmen zur besseren Speicherung von Wasser in der Landschaft, insbesondere zur Bewältigung von Dürreperioden und zur Sicherung des Wasserhaushaltes.

---

² Ostseeküste und Seen in Mecklenburg-Vorpommern: Warnung vor Blaualgen und Zerkarien, NDR MV, 2. August 2024: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Ostseekueste-und-Seen-in-MV-Warnung-vor-Blaualgen-und-Zerkarien,mvregiogreifswald656.html>

- d) die Erweiterung der Gewässerschutzgebiete, insbesondere die Überprüfung und gegebenenfalls Ausweitung bestehender Schutzgebiete sowie die Einführung eines verbesserten Monitorings zur Qualitätssicherung.
- e) intensivere behördliche Kontrollen und konsequentere wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen wasserrechtliche Vorschriften.
3. den zweiten und bereits für 2019 angekündigten Teil der Trinkwasserversorgungskonzeption des Landes Mecklenburg-Vorpommern, den Grundsatzplan Wasserversorgung 2040, fertigzustellen und zu veröffentlichen.
  4. den Teil 3 des Bodenschutzprogramms Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen und damit konkrete Maßnahmen/Handlungsempfehlungen für eine künftige nachhaltige Bodennutzung im Zusammenhang mit der Stärkung der Wasserspeicherfähigkeit der Böden festzulegen.
  5. die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie konsequent zu verfolgen und die Maßnahmenumsetzung zu intensivieren. Dazu gehört die Stärkung von Trinkwasserköoperationen in Form der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wasserversorgern, Landwirtschaft und weiteren Akteuren, um die Trinkwasserqualität zu sichern.
  6. die Erstellung kommunaler Wassermanagement- und Klimaanpassungskonzepte sowie Hitzeaktionspläne, die Siedlungsentwicklung im Sinne des Konzeptes „Schwammkommunen“ (Flächenentsiegelung, Regenwasserversickerung, Ausweitung von wasserspeichernden Grünflächen u. a.) und den damit verbundenen Wasserrückhalt zu unterstützen.
  7. die Wasserentnahme aus Grund- und Oberflächengewässern u. a. über eine Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes weitestgehend zu minimieren und das Potenzial von Alternativen wie die Nutzung von Prozess-, Regen- oder Brauchwasser verstärkt auszuschöpfen.
  8. die weitere Flächenversiegelung auf das unvermeidbare Maß zu reduzieren und die Bebauung geschützter Böden zu vermeiden.
  9. bei der Entwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP ab 2028) konsequent für die Förderung einer gewässerschonenden Landwirtschaft einzutreten und damit die Landwirtschaft bei der Klimafolgenanpassung besser zu unterstützen.
  10. den Generalplan Küste im Hinblick auf notwendige Retentionsflächen in den Küstenniederungen weiterzuentwickeln.

Constanze Oehlich und Fraktion

Begründung:

Die Ressource Wasser ist von zentraler Bedeutung für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Der Klimawandel verschärft die bestehenden Probleme der Wasserverfügbarkeit und -qualität. Steigende Temperaturen, längere Dürreperioden und veränderte Niederschlagsmuster führen dazu, dass die Grundwasserneubildung zurückgeht, während gleichzeitig die Nachfrage nach Wasser steigt. Dies führt zu Nutzungskonflikten zwischen Landwirtschaft, Industrie und der öffentlichen Trinkwasserversorgung.

Besonders besorgniserregend sind die anhaltend hohen Nitratwerte in vielen Gewässern des Landes sowie Belastungen durch Chemikalien, die sowohl die Trinkwasserversorgung als auch die Ökosysteme gefährden. Es treten Nitratwerte im Grundwasser von bis zu 776 Milligramm Nitrat pro Liter auf (Grundwassermessstelle Suckow/Parchim, 2020). Das ist rund das 15-fache des Grenzwertes für Nitrat, der bei 50 Milligramm pro Liter liegt, und markiert eine dramatische Entwicklung der Nährstoffüberfrachtung unserer Landschaften.

Trotz langjähriger Ankündigungen wurde bisher kein neuer Entwurf für ein Landeswassergesetz vorgelegt, das klare Regelungen für ein nachhaltiges Wassermanagement schaffen könnte. Ebenso fehlt eine überarbeitete Trinkwasserkonzeption, die die aktuellen Herausforderungen widerspiegelt und Maßnahmen zur Sicherstellung der Wasserversorgung für kommende Generationen beinhaltet.

Ein nachhaltiges und übergreifendes Wassermanagement ist entscheidend, um die Trinkwasserversorgung langfristig zu sichern, die Umwelt zu schützen und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Es bedarf einer konsequenten Umsetzung von Maßnahmen zur Wasserqualitätssicherung, Wassereinsparung und Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, die Landesregierung zum Handeln zu verpflichten und eine nachhaltige Wasserpolitik für Mecklenburg-Vorpommern sicherzustellen.